

24/09/2008

Tageszeitung "Al-Sharq Al-Awsat"

Spanien: Menschenrechtsgruppen erwarten Scheitern des Plans zur Rückführung der Migranten in Herkunftsländer

Angebote Ausgleichszahlungen blenden ihre Einreisekosten aus

Rabat. Die Migration ist zur Zeit das brennende Thema in Spanien. Denn zur gleichen Zeit, da der Plan zur freiwilligen Rückführung von Migranten in die Phase der Umsetzung getreten ist, wurde der Anführer der rechten Opposition, Mariano Rajoy, für seine als rassistisch empfundenen Äußerungen über die Migranten heftig kritisiert.

Das spanische Parlament hatte für den Beschluss gestimmt, angesichts der Wirtschaftskrise, die das Land erleidet, die Migranten in Spanien zur freiwilligen Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu bewegen. Die Erfolgsaussichten dieser Initiative scheinen jedoch im Hinblick auf den nur begrenzten Zuspruch seitens der Migranten sehr mager. Denn laut Angaben der Vereinigung der migrantischen Arbeiter in Spanien verlangt die Mehrheit der Migranten im Lande (ein großer Teil von ihnen stammt aus Marokko) Ausgleichszahlungen zwischen 20.000 und 300.000 Euro dafür, dass sie der Rückkehr in ihre Herkunftsländer zustimmen.

Einem Bericht der Vereinigung zufolge lehnen mehr als 80% der marokkanischen Migranten in Spanien das Prinzip der freiwilligen Rückkehr kategorisch ab. Der Rest fordert Entschädigungen, die sich lohnen, um jenes Angebot anzunehmen, auf das die spanische Regierung setzt, um die steigende Arbeitslosenrate im Lande zu senken.

Was die spanische Regierung zur Zeit an Entschädigungen bietet, betrachten die Migranten als mager. Denn die Regierung bietet nicht mehr als 7.000 Euro dafür, dass sie auf ihren Aufenthaltstitel verzichten und sich einverstanden erklären, nicht nach Spanien zurückzukehren, es sei denn im Rahmen eines neuen Abkommens und nach Ablauf von drei Jahren nach dem Datum ihrer Ausreise. Die Migranten sind mehrheitlich der Meinung, dass sich diese ihnen von der spanischen Regierung angebotene Summe für den Verzicht auf den europäischen Traum bescheiden ausnimmt, wenn man sie an dem misst, was sie ausgegeben haben, um nach Europa zu gelangen. Denn diejenigen, die klandestin nach Spanien einreisen wollen, geben meist zwischen 8.000 und 10.000 Euro aus. Dafür erhalten sie von in diesem Bereich aktiven Netzwerken Arbeitsverträge. Demgegenüber bezahlen diejenigen, die per Todesboot klandestin einreisen wollen, nicht mehr als 1.000 Euro, manchmal auch weniger. Spanische Menschenrechtsgruppen sagen, die Migranten müssten für Aufenthaltspapiere in Spanien große materielle und immaterielle Opfer bringen. Viele von ihnen hätten eine Summe von mehr als 20.000 Euro ausgegeben, um einen regulären Aufenthaltstitel zu bekommen. Demnach wird das Angebot der Regierung von 7.000 Euro Ausgleichszahlung für den Verzicht auf alles aus ihrem Plan ein Fiasko machen.

Studien von spanischen Gewerkschaften zeigen, dass die Migranten, die bis jetzt das Rückkehrmodell angenommen haben, bloß diejenigen sind, die schon vor Auftauchen des Plans zur freiwilligen Rückkehr die Absicht gehabt hatten, zurückzukehren.